

Let's Plan! Demokratische Wirtschaftsplanung – Schlüssel zur Transformation?

Editorial

Lotte Jüsten, Aleutina Kravchenko und Mario Taschwer (alle Attac Österreich)

Konzerne machen Profite – und zwar nicht zufällig. Ihre Profite entstehen, weil Unternehmen systematisch planen, wie sie aus Geld mehr Geld machen. Ob Tech-Konzerne wie Palantir und Amazon oder Unternehmen wie OMV und Spar – sie alle kontrollieren Produktion, Logistik und Arbeitskräfte entlang globaler Wertschöpfungsketten. Auf der Strecke bleiben dabei Mensch und Natur.

Bei Attac stellen wir uns daher die Frage: Warum überlassen wir diese Planung wenigen Konzernen – statt sie demokratisch an den Bedürfnissen der Gesellschaft auszurichten?

Das Beispiel Amazon zeigt, wie die Zirkulation von Waren heute geplant wird: Wenn du im Onlineshop auf „Jetzt kaufen“ klickst, bewegt ein KI-gesteuerter Roboter das fahrende Regal sofort zur Mitarbeiterin. Diese zieht das Produkt heraus und legt es auf ein Förderband, das das Produkt zur Verpackungsstation transportiert. Dort wird es – von Menschen – eingepackt. In den modernsten Lagern verteilen fahrende Flachroboter die Pakete für die Zustellung; in Europa werden sie noch von Hand eingeschichtet, bevor sie in den allseits bekannten Kleintransportern landen (NDR 2025).

Vom Klick bis zur Zustellung passieren unzählige Schritte im Hintergrund: Daten über Nachfrage, Lagerbestände, Transportwege und Arbeitsprozesse werden in Echtzeit erfasst, ausgewertet und gesteuert. Diese Planung ist global organisiert und datengetrieben. Amazon weiß, was wir suchen und wann wir kaufen und richtet die gesamte Infrastruktur danach aus: Lager und Lieferketten sind minutiös kontrolliert (oft bis auf Sekunden genau), den Zustellern werden die Routen diktiert.

Die undemokratische Herrschaft innerhalb aller kapitalistischen Unternehmen wird hier besonders deutlich: Überwachung durch digitale Kontrollhandschuhe, algorithmische Steuerung und hoher Leistungsdruck sind zentrale Elemente (Schaupp 2024). Beschäftigte sind Zahlen in einer durchoptimierten Logistikmaschine – Leiharbeit, „flexible“ Beschäftigung und Gamification sind ein Instrument der Disziplinierung. Wer in ein Amazon-Lager blickt, sieht effizienteste Planung – Karl Marx wäre vom Stand der Technik fasziniert. Aber: Immer schnellere Lieferungen, globale Transportketten und steigende Retourenquoten führen zu mehr Verkehr, mehr Emissionen und zur massenhaften Vernichtung von Waren (Attac 2025).

Das Beispiel Amazon zeigt: Mit Planung und Technologie lassen sich hochkomplexe Prozesse steuern und die Verteilung von Gütern effizient planen. Aber nicht nach Bedürfnissen, sondern für die Taschen von Jeff Bezos, Mark Mateschitz oder Jack Ma. Dass dabei Ressourcenverbrauch und Klimazerstörung voranschreiten, kümmert die Konzernbosse nicht.

Wir fragen daher in diesem Kurswechsel: Wie kann die Wirtschaft demokratisch geplant werden, um eine gerechte Gesellschaft zu erreichen und die klimasoziale Transformation zu bewältigen?

Diese Ausgabe zeigt, wie demokratische Planung in zentralen Bereichen konkret aussehen kann: Ein Care-basiertes Wirtschaftsmodell rückt menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt, die Sozialisierung des Bankensektors schafft gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen, im Energiesektor schafft die Neuorientierung der Planung soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Auch die Krise der Autoindustrie wird als Chance diskutiert, um klimagerechte Mobilität statt militärischer Aufrüstung zu fördern. Ein historischer Abriss über Planung in Österreich im 20. Jahrhundert zeigt die Möglichkeit von Planung auf, und ein Beitrag ruft durch die Synthese von sozialen und ökologischen Planungsansätzen ein Handlungsprogramm aus.

Die Rückkehr des Plans

Ökonomische Planung findet nicht nur in Konzernabteilungen statt, denn die Profite von Konzernen sind maßgeblich auf staatliches Handeln zurückzuführen (Mazzucato 2011). Von einer „Rückkehr des Plans“ zu sprechen ist also falsch.

Der Staat setzt die institutionellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns – egal, wie aktiv er scheint – und ist an der Entstehung und Stabilisierung von Märkten beteiligt. Karl Polanyi beschreibt, dass Märkte keine natürlichen Ordnungen, sondern politisch hergestellt und dauerhaft auf staatliche Regulierung angewiesen sind (Polanyi 2002). In diesem Sinne schafft und sichert der Staat die Voraussetzungen für Marktprozesse, etwa durch Gesetze, Infrastruktur sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Subventionen, Zölle oder Steuererleichterungen.

Die Frage ist also eher, wie Staaten planen und wie sehr sie dafür in Marktmechanismen und Privateigentum eingreifen – und wer dafür bezahlt. Das ist Ausdruck von gesellschaftlichen Kämpfen und resultiert in der berühmten „materiellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen“. Das Spektrum reicht vom neoliberalen Nachwächterstaat, der grobe Leitlinien vorgibt und „Innovation“ und „Technologie“ fördert, bis hin zum planenden Staat mit Kontrolle über wesentliche Teile der Schlüsselsektoren, inklusive Innovations- und Produktionszielen über mehrere Jahre.

In Österreich rief die Regierung im Jahr 2026 eine Industriestrategie aus (BMWET 2026). Doch statt öffentlicher Investitionen und demokratischer Kontrolle zentraler Sektoren durch die verbliebenen Staatsbeteiligungen, gibt es eine Definition von Schlüsseltechnologien und leeren Worthülsen à la „Wettbewerbsfähigkeit“, die sich wohl als Geldgeschenke für die Industrie erweisen werden. Ziel ist Wachstum zulasten von Natur und (care-)arbeitender Bevölkerung statt bedürfnisgerichteter Produktion.

Doch egal wie sehr Staaten die Planung lenken – im kapitalistischen Wirtschaftssystem richtet sie sich weiterhin auf Profit aus. Waren und Dienstleistungen werden verkauft, um aus Geld mehr Geld für die Eigentümer*innen zu erwirtschaften. Dabei werden innerhalb einzelner Unternehmen Pläne geschmiedet, wie dies am profitabelsten geschehen kann, um in der Konkurrenz am Markt zu bestehen. Ob die Rechnung also aufgeht, sehen sie erst nach dem Verkauf. Werden sie die Waren und Dienstleistungen nicht los, gibt es trotz Überfluss eine Krise für einzelne Unternehmen oder Branchen. Die Widersprüche des Kapitalismus werden offensichtlich: Er produziert zeitgleich einen riesigen Überfluss an Produkten als auch Mangel und Verschwendung (Müll, Arbeitslosigkeit, wertlos gewordene Anlagen oder Technik). Der natürliche Kreis-

lauf des kapitalistischen Systems wird durch die Eigentumsverhältnisse abgesichert, die den Besitzer*innen ihre Macht verleihen. Menschen, Natur und Technik sind dabei ein Mittel zum Zweck – mit gravierenden Folgen für Gesellschaft und Umwelt.

Mit demokratischer Planung zum Guten Leben für Alle

Die Versorgung und Bedürfnisbefriedigung aller jetzt und in Zukunft lebenden Menschen auf einem intakten Planeten ist das erklärte Ziel von Attac. Viele Analysen zeigen, dass diesem Ziel das kapitalistische Wirtschaftssystem im Weg steht. Es durchdringt mit seiner Logik die verschiedensten Gesellschaftsbereiche und ist Grundlage für die Ausbeutung von Natur und Menschen. Mit diesen Zusammenhängen, ihrer Kritik und Transformationsmöglichkeiten im Hier und Jetzt beschäftigen wir uns bei Attac seit über 25 Jahren.

Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit Alternativen dient dazu, Krisen im Jetzt zu bearbeiten – und zugleich Perspektiven zu eröffnen, die über das aktuelle System hinausweisen. Ein wichtiger Teil davon ist es auch, Utopien zu entwickeln und genau durchzudenken, wie ein anderes System aussehen könnte. Dabei helfen oft sogenannte Leuchtturmprojekte, also kleine Projekte, die auf einer lokalen Ebene mit kapitalistischen Mustern brechen. Diese können sehr vielfältig sein und reichen vom Wohnen in autarken Kommunen über selbstverwaltete Gebiete bis hin zu Energiegenossenschaften. Vielen dieser Projekte ist das Hinterfragen von Privateigentum gemein. Ein bekanntes Beispiel ist die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, die 2021 in Berlin mit einem Volksentscheid schlagkräftig die Enteignung und Vergesellschaftung von Immobiliengesellschaften forderte. Inspiriert von dieser Idee entstanden dann auch Initiativen, die den Energiesektor vergesellschaften wollen („OMV enteignen“, „RWE enteignen“). Im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage stellt sich auch die Frage: Was dann? Wie wird umgegangen mit vergesellschafteten Betrieben? Wer entscheidet dort? Und wie sähe ein Wirtschaftssystem ohne Unternehmen, die wenigen gehören und an Profiten orientiert sind, aus?

Gerade weil diese Fragen in unserer Arbeit zu einem gemeinwohlorientierten Finanzsystem und einer demokratischen Energiewirtschaft immer wieder aufkamen, haben wir uns bei Attac verstärkt der Frage nach einem demokratisch-geplanten Wirtschaftssystem gewidmet. Unser Zugang kommt also aus ganz konkreten politischen Kämpfen und Krisen. Durch multiple Krisen ist eine zusätzliche Dringlichkeit entstanden, über systemische Kritik und Alternativen noch weiter als bisher hinauszudenken und nach konkreten, ganzheitlichen Alternativen zum bestehenden Kapitalismus zu suchen. Eine Theoretisierung erfolgte für uns durch den jährlichen Fach- und Vernetzungstag „Demokratische Wirtschaftsplanung“ in Berlin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Demokratische Wirtschaftsplanung. Die in Deutschland rege auflebende akademische Debatte zum Thema haben wir dann durch einen Lesekreis mit Aktivist*innen aus ganz unterschiedlichen Gruppen von Attac (wie Senior*innenAttac, FeministAttac und FinanzAttac) nach Österreich gebracht. In diesem Kontext wurden diverse Perspektiven eingebracht, deren Verbindung im Rahmen der Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung gut gelingen konnte. So war es möglich, Gedanken über feministische Ansätze zur Care-Arbeit mit Erfahrungen aus dem Leben

in Wohngemeinschaften der 60er Jahre und internationalen Perspektiven und Berichten aus anderen Kontexten zu verbinden. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass das Interesse am Nachdenken über Alternativen und Transformation vorhanden ist und bereits sehr konkret und zugänglich diskutiert werden kann.

Mit dem Ansatz der demokratischen Wirtschaftsplanung stellen wir uns der angeblichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus entgegen und skizzieren eine Utopie – gerade in Zeiten, in denen die aktuelle Hegemoniekrise den Aufstieg der Rechten befeuert. Die neue Rechte eignet sich derzeit den Hyperkapitalismus an und verbindet sich mit einem neuen Oligarchentum. Die gewaltige Macht- und Vermögenskonzentration gefährdet Lebensgrundlagen und Freiheitsrechte derjenigen, die nicht über die Mittel verfügen, um selbst Macht auszuüben. Gerade die neuerliche Welle von Gewalt mit Kriegen und Hunger zeigt die Diskrepanz zwischen dem Luxus und Vermögen der einen und dem Leid derjenigen, die nicht mitentscheiden können. Karl Polanyi legt dar, dass kapitalistische Interessen vor allem auch mit autoritären Tendenzen verwachsen sind und Demokratien unterwandern, da sie das menschliche Leben einer von wirtschaftlichen Interessen geleiteten Politik unterordnen. Als Gegenbewegung stellt sich uns die Frage: Was kann eine antifaschistische Wirtschaftspolitik dieser Gefahr für unsere Gesellschaft entgegensetzen? Gibt es eine neue gesellschaftlich-ökonomische Vision, die eine Antwort auf die Fragen nach Alternativen bietet?

Die Ziele demokratischer Planung: Sicherheit, Mitbestimmung, Sorge um Mensch und Natur

Der real existierende Kapitalismus führt täglich zu neuen Unsicherheiten: Wie teuer wird der Wocheneinkauf noch? Wie viel muss ich bei der Energierechnung nachzahlen? Wie soll ich die Schulausflüge meiner Kinder finanzieren? All diese Fragen können auf die ökologischen, ökonomischen und imperialen Krisen des sorglosen Kapitalismus zurückgeführt werden. Egal, ob die Ernte ausfällt, das Solarkraftwerk eine Panne hat oder es Engpässe bei der Versorgung der Kinder gibt – nur durch die kollektive Entscheidung über die verfügbaren Ressourcen des 21. Jahrhunderts können wir Sicherheit schaffen. So wie sich in Krisensituationen immer wieder freiwillige Helfer*innen zusammenschließen, müssen auch in einer demokratisch geplanten Wirtschaft alle Aufgaben gerecht verteilt werden.

Zu planen bedeutet erst einmal, sich Gedanken darüber zu machen, wie ein bestimmtes Ziel erreicht werden kann. Umgelegt auf die Wirtschaft bedeutet Planung: bewusste und demokratische Entscheidungen darüber treffen, welche Aufgaben und Arbeiten in einer Gesellschaft notwendig sind, wie die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse erhoben und erfüllt werden, welche Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen dafür notwendig sind, wie diese innerhalb planetarer Grenzen bereitgestellt und gerecht verteilt werden können.

Ein Kerngedanke der demokratischen Wirtschaftsplanung ist die Erweiterung eines demokratischen Verständnisses. Über Jahrhunderte haben Bewegungen Wahlrechte und aktive Partizipationsrechte erkämpft. Mitbestimmungsrechte in einer demokratischen Gesellschaft sind auch Grundrechte. Diese Mitbestimmungsrechte geben wir allerdings am Arbeitsplatz und im Bereich der Wirtschaft ab: Sobald wir unsere Arbeits-

stelle betreten, sind wir – insbesondere als Arbeitnehmer*innen, Auftragnehmer*innen etc. – weisungsgebunden. Es scheint uns fern, zu bestimmen, was unsere Firma produziert oder verkauft, an wen und wofür. Eine demokratische Wirtschaftsplanung ermöglicht eine Ausweitung der demokratischen Sphäre auf den blinden Fleck der Wirtschaft und erlaubt uns mitzubestimmen, wie eine Gesellschaft sich womit versorgt und warum. Statt autokratischer Unternehmensstrukturen bieten neue, „geplante“ Organisationsformen zudem die Möglichkeit, Ineffizienzen von Konkurrenz und Profitdruck zu überwinden und Innovation zum Vorteil der Gesellschaft zu fördern.

Wichtig dabei ist: Wir beziehen uns nicht nur auf die Produktion von Gütern. Der Großteil der gesellschaftlich verrichteten Arbeit ist (und bleibt) Sorgearbeit. Eine geplante Wirtschaft muss daher Lösungen anbieten, die über die Vollautomatisierung der Industrie und die Allokation von Gütern hinausgehen. Das Ziel einer demokratisch geplanten Wirtschaft muss sein, dass alles, was im Kapitalismus zur Reproduktion der Arbeitskraft benötigt wird, zum Selbstzweck wird: Essen, Wohnen, Lernen, Ausruhen, Entfalten, Gestalten, Spaß haben, Spielen, mit sich selbst und anderen auskommen.

Die umfassende Demokratisierung – also die Einbeziehung der Menschen in die Gestaltung ihrer Lebensrealitäten – ist ein Schlüssel für die sozial-ökologische Transformation. Das ist nicht nur notwendig angesichts der ökologischen Krise, die Demokratisierung kann auch zur Abwehr des drohenden Faschismus beitragen. Denn die Faschisierung der Gesellschaft ist zum Teil auf die Abwertung der Menschen in den Arbeitsbeziehungen zurückzuführen. Ein Teil der Antwort muss also über passive Abwehrkämpfe wie „Demokratie verteidigen“ hinausgehen und die Demokratisierung ebendieser Arbeitsbeziehungen sein. Die Hoffnung ist: Werden Menschen ernst genommen und aufgebaut, können antidemokratische Haltungen im gemeinsamen Streit aufgebrochen werden. Braucht es fünftausend Ferraris oder bauen wir mit den gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen lieber neue Altersheime? Ist es ausreichend, wenn eine Pädagogin mit einer Assistentkraft auf 15 Kinder zwischen 6 Monaten und 2 Jahren aufpasst? Können echte Männer auch vom Hochofen losgeest und dazu gebracht werden, Mädchen in modernen Volksschulen das Schweißen zu lehren?

Wir dürfen die Planung nicht den Konzernen oder technokratischen Eliten überlassen, sondern müssen die gesellschaftliche Kontrolle über die wichtigsten Lebensbereiche zurückerobern. Menschen müssen möglichst dort einbezogen werden und demokratische Entscheidungen treffen können, wo sie betroffen sind. Je näher uns (ökonomische) Umstände sind, desto mehr Mitsprache braucht es.

Die demokratische Planung der Wirtschaft ist also nichts anderes als eine gemeinwohlorientierte, feministische, ökologische und demokratische Koordination von wirtschaftlichen Abläufen zum Wohle von Mensch und Natur. Daher überlegen wir bei Attac, wie ein anderes Wirtschaftssystem aussehen kann – und im Rahmen dessen entstand diese Kurswechsel-Ausgabe. Sie ist ein Versuch, wissenschaftliche Debatten, konkrete politische Ideen und Transformationsperspektiven zusammenzuführen. Einerseits wird dabei eine Vogelperspektive eingenommen und auf einer theoretischen und historischen Ebene diskutiert. Andererseits werden mit dem Energiesektor, der Automobil- und der Waffenindustrie sowie dem Finanzsektor ganz konkrete Beispiele angeführt.

Beiträge in diesem Heft

Die Ausgabe beginnt mit einem einführenden Text von Lukas Oberndorfer: *Sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik – ein neues Paradigma fortschrittlicher Ökonomie und gesellschaftlicher Transformation?* Der Beitrag zeigt die Grundgedanken demokratischer Wirtschaftsplanung auf und formuliert – inspiriert durch Eduard März – ein Forschungs- und Handlungsprogramm für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik. Dazu skizziert er, wie in marxistischen, keynesianischen und Degrowth-Ansätzen bereits Wirtschaftsplanung angedacht wird und wie deren Synthese für die sozial-ökologische Transformation gewinnbringend eingesetzt werden kann. Historische Perspektiven, die dabei bereits anklingen, werden im Beitrag von Daniel Witzani-Haim vertieft. Er beleuchtet *Ansätze demokratischer Wirtschaftsplanung in Österreich im 20. Jahrhundert*. Er stellt die Sozialisierungspläne von Otto Bauer, Otto Neurath und Käthe Leichter nach dem Ersten Weltkrieg vor, analysiert die Verstaatlichungen nach dem Zweiten Weltkrieg und beleuchtet die Effektivität des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in den 1970er Jahren. Der Beitrag schließt mit Thesen, welche Schlüsse aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gezogen werden können. Lotte Jüsten bezieht ebenfalls historische Perspektiven in ihren Text mit ein. In ihrem Beitrag *Care to Plan. Warum Sorge-Arbeit immer im Zentrum demokratischer Wirtschaftsplanung stehen sollte*, beschreibt sie, warum es sich lohnt, Care-Arbeit ins Zentrum und an den Anfang demokratischer Wirtschaftsplanung zu stellen und welche konkreten, transformativen Politiken es bereits gibt. Sie zeigt auf, dass feministische Ökonominen und Aktivistinnen bereits seit über 100 Jahren dafür kämpfen, Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit als integralen Bestandteil ökonomischer und demokratisch-sozialistischer Politik zu denken.

Dieser Beitrag schlägt die Brücke zum zweiten Teil des Heftes, in dem sich die Beiträge einzelnen Sektoren widmen und konkrete Transformations- und Planungsperspektiven in Aussicht stellen. So gehen Solveig Degen und Jakob Zwirnmann in ihrem Beitrag *Transformation mit Plan: Ansatzpunkte für eine demokratische Energieplanung in Österreich* auf den Energiesektor als Kommandohöhe der Wirtschaft ein. Am Beispiel Österreichs beschreiben sie, warum öffentliche Eigentumsanteile ohne übergeordnete Steuerungsstrukturen keine gemeinwohlorientierte Entwicklung garantieren: Es fehlt eine übergeordnete Entscheidungsstruktur, die Investitionen, Preise und Infrastrukturentwicklung entlang gesellschaftlicher und klimatischer Ziele ausrichtet. Ein Blick in die Geschichte der Energieplanung lohnt sich: Bis in die späten 1980er Jahre regierte nicht der Markt, sondern die öffentliche Hand. Klaus Dörre widmet sich der viel diskutierten Auto- und Rüstungsindustrie. In seinem Beitrag *Statt Autos: Panzer, Kampffjets oder Drohnen?* beschreibt er, dass die wirtschaftliche Misere der Autobranche vor allem auf Managementversagen und kurzfristige Profitinteressen zurückzuführen ist. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten tun ihr Übriges, da sie keinen planvollen Umbau des Wirtschaftsmodells ermöglichen. Stattdessen wird aktuell die Rüstungsindustrie staatlich geplant, obwohl deren Boom den ökologischen und sozialen Backlash verstärkt. Dörre argumentiert, dass eine nachhaltige, demokratisch geplante Wirtschaft, die gesellschaftliche Grundbedürfnisse sichert, sich als mehrheitsfähige Alternative erweisen könnte. Paul Nagel, Mario Taschwer und Julia Werthmann von FinanzAttac schließen mit dem Beitrag *Das Finanzsystem demokratisch planen: Sozialisierung des österreichischen Bankenwesens als gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen*. Ausgehend von einem Ver-

ständnis des Finanzwesens als zentraler Planungsinstanz, die wirtschaftliche Abläufe durch undemokratische, unsoziale und klimaschädliche Kapitalallokation steuert, stellt der Artikel die Frage, wie ein gemeinwohlorientiertes Finanzsystem organisiert werden kann. Welche Funktionen muss ein demokratisches Finanzwesen erfüllen? Wie kann eine gemeinwohlorientierte Bedarfsermittlung unter demokratischen Prinzipien funktionieren?

Die meisten Menschen zweifeln daran, dass sich die Welt zum Besseren verändern kann. Doch Veränderung ist möglich! Die Notwendigkeit dazu erwächst aus den materiellen Bedingungen unserer Gesellschaft, einzig der Glaube an eine gerechtere Gesellschaft muss neu erkämpft werden. Dazu gehört auch, eine überzeugende Alternative zum Kapitalismus denkbar – und schmackhaft – zu machen.

Viel Spaß beim Lesen und Ausmalen einer anderen Welt wünscht

das Attac-Team

Lotte Jüsten, Alevtina Krauchenko und Mario Taschwer

Quellen

- Attac (2025): Amazons Welt: Steuertricks, Ausbeutung, Klimazerstörung und Macht. November 2025. https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/shop/Amazon_2025_web.pdf.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) (2026): Industriestrategie Österreich 2035 für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und wirtschaftliche Resilienz. Wien
- Mazzucato, Mariana (2011). The entrepreneurial state. *Soundings*, 49(49), 131-142.
- NDR (2025): Weihnachtstress bei Amazon. Die Nordreportage, 18.12.2025, <https://www.ardmediathek.de/video/die-nordreportage/weihnachtstress-bei-amazon>
- Phillips, Leigh/Rozworski, Michal (2019): The people's republic of Walmart: How the world's biggest corporations are laying the foundation for socialism. Verso Books.
- Polanyi, Karl (2002): The great transformation. *Readings in economic sociology*, 38-62.
- Schaupp, Simon (2021): Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung. Matthes & Seitz Berlin.